

1 Wirksame Maßnahmen für eine solide Lehrerversorgung

Die Personalversammlung fordert den Personalrat dazu auf, sich über die Gewerkschaft, die Verbände und die politischen Parteien dafür einzusetzen, dass die Lehrerversorgung nachhaltig und langfristig verbessert wird.

Mögliche Maßnahmen:

- Wirksamer Arbeits- und Gesundheitsschutz, damit bestehende Lehrkräfte in einem angemessenen Arbeitsumfeld (z.B. Lärm in Sport-/Schwimmbädern, Hitze im Sommer, Zeitdruck) gesund arbeiten können und weniger Ausfalltage haben.
- Krankheitsvertreter, damit Klassenzusammenlegungen nicht erfolgen müssen.
- Höhere Bezahlung der Lehramtsberufe um die Attraktivität zu erhöhen.
- Erhöhung der Altersermäßigung, damit mehr Lehrkräfte bis zur gesetzlichen Altersgrenze im Dienst bleiben.

Begründung:

Die Schulen sind durch die schlechte Versorgung über Jahre hinweg in einer dermaßen angespannten Lage, dass die Qualität nachhaltig leidet und viele Lehrkräfte am Rande der Belastungsgrenze arbeiten.

Anke Frei, Hülya Öztürk, Sabine Christ, Anna-Lena Schneider, Kerstin Kohler, Marco Ehrenfried, Julia Perger, Melina Heidelberg, Lisa Roos, Juliane Fechner-Uda, Johanna Schneider, Sabine Röck, B. Falke, Miriam Eckhardt, Y. Günl, K. Seidel, Andreas Keil, Sonja Weigel

2 Neubewertung der Arbeitszeit von Lehrer/innen

Die Personalversammlung fordert den Personalrat dazu auf, sich für eine Neubewertung der Arbeitszeitbeschreibung der Lehrer/innen zu engagieren. Die Landesregierung muss endlich effektive Maßnahmen ergreifen, um die Arbeitszeit der Lehrkräfte zu senken.

Mögliche Maßnahmen:

- Übernahme zusätzlicher Aufgaben sollten angerechnet werden
- Absenkung des Deputats und Reduzierung des Klassenteilers
- Altersermäßigung der Lehrkräfte anheben

Begründung:

Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit liegt heute über der allgemeinen Arbeitszeit im öffentlichen Dienst. Lehrkräfte im GSWRGS-Bereich arbeiten länger als Verwaltungsbeamte/innen unter Einrechnung der Ferienzeiten (unterrichtsfreie Zeit!). Ebenfalls die Arbeitszeit der Grundschullehrkräfte liegt über dem allgemeinen Durchschnitt im öffentlichen Dienst.

Anke Frei, Hülya Öztürk, Sabine Christ, Anna-Lena Schneider, Kerstin Kohler, Marco Ehrenfried,

	<p>Julia Perger, Melina Heidelberg, Lisa Roos, Juliane Fechner-Uda, Johanna Schneider, Sabine Röck, B. Falke, Miriam Eckhardt, Verena Seidl, Y. Günl, K. Seidel, Andreas Keil, Udo Schmidt, Sonja Weigel</p>
<p>3</p>	<p>Inklusion – Gleiche Bedingungen für alle Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte, die in inklusiven Bildungsangeboten beschult werden bzw. arbeiten</p> <p>Wir beantragen, dass alle Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte, die in Baden-Württemberg in inklusiven Bildungsangeboten beschult werden bzw. arbeiten, dies zu den gleichen Bedingungen tun können. Für jede SchülerIn mit einem sonderpädagogischen Bildungsanspruch sollen die gleiche Anzahl von Sonderschullehrerstunden, abgestuft nach dem jeweiligen Behinderungsgrad, zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Begründung: Selbst innerhalb des Staatlichen Schulamtes Heilbronn gibt es beträchtliche Unterschiede. So gibt es an der Hellbergschule Eppingen 20 SchülerInnen mit einem sonderpädagogischen Bildungsanspruch. Dafür stehen 43 Deputatsstunden von SonderschullehrerInnen zur Verfügung, also 2,15 pro SchülerIn. Auch in der Raumschaft Schwaigern, zu der die Eichbottschule Leingarten gehört, gibt es Unterschiede: an der Leintalschule beträgt der Schlüssel 20 Deputatsstunden für 11 SchülerInnen, also 1,8 pro SchülerIn. An der Eichbottschule waren es zum Schuljahresbeginn 41 Stunden für 31 InklusionsschülerInnen, also rund 1,3 Stunden pro SchülerIn. Im Oktober kamen 10 Stunden dazu, Anfang Dezember fallen 17 Stunden weg. Wenn kein Ersatz kommt, sind wir dann bei 34 Deputatsstunden in der Inklusion, macht 1,1 Stunden pro SchülerIn. Für ein Kind mit geistiger Behinderung stehen uns noch zusätzlich 3 Stunden einer Sonderpädagogin zur Verfügung. Auch nicht gerade üppig. Im Schulamtsbereich Stuttgart gilt die Devise: gleiche Stundenzahl für ein Kind am SBBZ oder in der Inklusion. Dort stehen dann einem Kind mit dem Bildungsanspruch Lernen bis zu 3 Inklusionsstunden zu. Es kann nicht sein, dass innerhalb eines Landkreises und innerhalb Baden-Württembergs Kinder unterschiedlich viel wert sind.</p> <p>Cornelia Melber, Stefan Rühl, Birgit Kaiser, Ulrike Wuttke, Deborah Heimsch, Julia Fass, Christina Göttler, Artur Malina, Martha Boadi, Anna Fruh, Christof Scheibner, Stefanie Menges, Angela Ritschel, Bettina Pfisterer, Rosemarie Pade, Andrea Kohler, Christian Notheis, David Ritschel, Nina Vatter, Bianca Bender, Petra Bell, Hans-Georg Henle</p>
<p>4</p>	<p>Schulischer Arbeitsplatz/Ruheräume</p> <p>Die Personalversammlung fordert den Personalrat auf, sich über die Stufenvertretung (BPR, HPR) und bei maßgeblichen Institutionen dafür einzusetzen, dass für jede Lehrkraft ein eigener schulischer Arbeitsplatz vorhanden</p>

	<p>ist, an dem ungestört vorbereitet und korrigiert werden kann. Zudem benötigen Lehrkräfte Ruheräume, in denen es möglich ist, während Pausen Erholung zu finden.</p> <p>Begründung: Viele Schulen sind inzwischen Ganztageschulen. Das bedeutet für die Lehrkräfte, dass sie von morgens bis abends in der Schule sind. Vorhandene „Lehrerzimmer“ sind zu klein, bieten zu wenig Platz zum Arbeiten und keine Möglichkeit zur Erholung in Pausen oder Leerstunden. Im Sinne des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ist es notwendig, dass Lehrkräfte diese Erholungsphasen erhalten, damit sich stressbedingte Erkrankungen verringern. Die individuellen Arbeitsplätze sind notwendig, da die Vor- und Nachbereitungsarbeiten erst nach einem langen Schultag zuhause erledigt werden können.</p> <p>Y. Günl, M. Bitto-Fielk, K. Seidel, I. Götz, I. Münch, K. Link, T. Krämer-Mitesser, F. Hug, N. Hagen, T. Luz, Udo Schmidt, N. Reustle, Miriam Eckhardt</p>
5	<p>Räumliche Ausstattung der Schulen</p> <p>Mit diesem Antrag fordert die Personalversammlung den Personalrat beim Staatlichen Schulamt Heilbronn auf, sich dafür einzusetzen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • die finanziellen Mittel zur Unterhaltung von öffentlichen Schulgebäuden erhöht werden. • die Stadtverwaltung für eine bessere räumliche Ausstattung ihrer Schulen sorgt, so dass die Umsetzung des Lehrplans und ein Unterricht möglich sind, der den Anforderungen und Bedarfen der heutigen Zeit entspricht. • langfristige Bedarfsplanungen erstellt, den Verantwortlichen in Schulen zugänglich gemacht und mit diesen angemessen kommuniziert werden. <p>Begründung: Zahlreiche Anforderungen an einen modernen Grundschulunterricht, eine notwendigerweise sehr intensive Elternarbeit, die Mehrfachnutzung der Räumlichkeiten durch nicht-schulisches Personal sowie die Erfordernisse zur Umsetzung des Bildungsplans machen insbesondere an alten Schulgebäuden bauliche Maßnahmen und finanzielle Investitionen notwendig. Umstrukturierungen und -nutzungen sind schon allein aus Datenschutzgründen unumgänglich. Die längere Verweildauer heutiger Schulkinder und Lehrkräfte erfordern neben den Lern- auch Lebensräume mit hoher Aufenthaltsqualität und ausreichend Arbeitsplätze für die Mitarbeiter.</p> <p>Irene Matt, Andrea Kilian, Silke Steger, Regina Wielath, Frank Kaiser, Susanne Kontusch, Maja Jönsson, Y. Kaminski, C. Petri, Irene Mathes-Bülow, Isabell Durst, Nina Meyer, Marianne Heinzmann, Mehmet Yavuz, Jeannette Sautter, Margarete Schlageter, Irmgart Vallon, Susanne</p>

	<p>Rennstich, B. Frimmer, A. Würth, M. Greskamp, S. Kolb, E. Rautenberg, L. Hoffmann, U. Meirose, F. Ludwig, K. Gruber, H. Kümmler, N. Thibeault, C. Wetzka, G. Henninger, H. Röhrig, L. Heinzmann, T. Pfaff, M. Kaiser, J. Löschmann, E. Herzen, K. Lippert, R. Zimmermann, Chr. Bälz, S. Brugger, Steinle, Hannah Schönleber, S. Mederus, B. Bürgy, C. Zügel, E. Suleder</p>
6	<p>Bezahlung der Ferienzeit für alle Lehrkräfte – Befristete Arbeitsverträge als absolute Ausnahme – Einstellung aller Lehrkräfte zum 01.08. eines Schuljahres</p> <p>Wir beantragen, alle Lehrkräfte aller Schularten auch in den Ferien zu bezahlen. Arbeitsverträge sollten nur in absoluten Ausnahmefällen befristet werden. Die Befristung sollte dann vom 1. August bis 31. Juli des Folgejahres gehen.</p> <p>Begründung: Alle Jahre wieder werden Baden-Württembergs Lehrkräfte in eine Zwei-Klassen-Lehrerschaft gespalten. Die einen gehen Ende Juli in die wohl verdienten Ferien, die auch bezahlt werden. Die anderen – sowieso schon schlechter bezahlt - werden Ende Juli aus ihren befristeten Arbeitsverträgen entlassen und wissen nicht, ob sie im September wiedereingestellt werden. Und das, obwohl diese Lehrkräfte an den Schulen gebraucht werden.</p> <p>Deshalb: Befristung nur als absolute Ausnahme und Bezahlung aller unterrichtsfreien Zeiten. So hat die Lehrkraft ausreichend bezahlte Zeit, sich auf den Unterricht vorzubereiten. Und die Schule hat ausreichend Zeit für die Planung des kommenden Schuljahres.</p> <p>Cornelia Melber, Stefan Rühl, Birgit Kaiser, Ulrike Wuttke, Deborah Heimsch, Julia Fass, Christina Göttler, Artur Malina, Martha Boadi, Anna Fruh, Christof Scheibner, Stefanie Menges, Angela Ritschel, Bettina Pfisterer, Rosemarie Pade, Andrea Kohler, Christian Notheis, David Ritschel, Nina Vatter, Bianca Bender, Petra Bell, Hans-Georg Henle</p>
7	<p>Mehr Pädagogische Assistenten*innen</p> <p>Die Personalversammlung fordert den Personalrat auf, sich über die Stufenvertretung (BPR, HPR) und bei maßgeblichen Institutionen dafür einzusetzen, dass weitere Stellen für Pädagogische Assistenten*innen geschaffen werden, um im Unterricht in der individuellen Förderung zu unterstützen.</p> <p>Begründung: Die pädagogischen Herausforderungen steigen permanent. Die Erfahrung zeigt, dass der Einsatz von Pädagogischen Assistenten*innen einen konzentrierteren Unterricht ermöglicht und schwache Schüler*innen besser gefördert werden können.</p> <p>Anke Frei, Hülya Öztürk, Sabine Christ, Anna-Lena Schneider, Kerstin Kohler, Marco Ehrenfried, Julia Perger, Melina Heidelberg, Lisa Roos, Johanna Schneider, Sabine Röck, B. Falke, Miriam</p>

	Eckhardt, Verena Seidl
8	<p>Finanzmittel für die Digitalisierung</p> <p>Die Personalversammlung fordert den Personalrat auf, sich bei den kommunalen Schulträgern sowie bei politischen Entscheidungsträgern dafür einzusetzen, dass die Finanzmittel für die Digitalisierung der Schulen schnell und unbürokratisch eingesetzt werden können.</p> <p>Begründung: Seit Jahren verschläft die Bildungspolitik die Digitalisierung. Die Schüler*innen kommen als „digital natives“ in die Schulen und verlassen diese wieder als „digital immigrants“. Durch das politische Gezerre um den Digitalpakt verging wertvolle Zeit. Nun muss jede Schule einzeln wieder in einem aufwendigen und langwierigen Verfahren einen Medienentwicklungsplan erstellen. Es entsteht der Eindruck, dass die Hürden weiter hochgehalten werden sollen, damit möglichst wenige Schulen auf das Geld zugreifen können.</p> <p>Y. Günl, M. Bitto-Fielk, K. Seidel, I. Götz, I. Münch, K. Link, T. Krämer-Mitesser, F. Hug, N. Hagen, D. Sturm, T. Luz, Andreas Keil, Udo Schmidt, N. Reustle, Miriam Eckhardt</p>
9	<p>Mittagspause an der GMS</p> <p>Die Personalversammlung fordert den Personalrat auf, sich über die Stufenvertretung (BPR, HPR) und bei maßgeblichen Institutionen dafür einzusetzen, dass Schüler*innen an GMS in der Mittagspause nicht in der Schule bleiben müssen, sondern zur Pause das Schulgelände verlassen dürfen.</p> <p>Begründung: Die Beaufsichtigung der Schüler*innen stellt für die Lehrkräfte eine zusätzliche Belastung dar. Angesichts der derzeitigen schlechten Versorgung muss das Bestreben sein, Lehrkräfte so weit wie möglich von zusätzlichen Belastungen zu befreien.</p> <p>Y. Günl, M. Bitto-Fielk, K. Seidel, I. Götz, I. Münch, K. Link, T. Krämer-Mitesser, F. Hug, N. Hagen, D. Sturm, T. Luz, Andreas Keil, Udo Schmidt, N. Reustle, Miriam Eckhardt, Jutta Freimann</p>
10	<p>Weitere Grundschulförderklasse in Heilbronn</p> <p>Mit diesem Antrag fordert die Personalversammlung den Personalrat GHWRGS beim Staatlichen Schulamt Heilbronn auf, sich dafür einzusetzen, dass eine weitere Grundschulförderklasse in Heilbronn eingerichtet wird.</p> <p>Begründung:</p>

	<p>Die aktuelle Bedarfslage macht eine zusätzliche Grundschulförderklasse erforderlich. Die hohe Zahl der noch nicht schulfähigen Kinder in den ersten Klassen trägt zu einer bedenklichen Absenkung des Bildungsniveaus bei. Zusätzliche Bedarfe für eine GFK ergeben sich auch noch während des laufenden Schuljahres, die Kapazitäten der vorhandenen GFK sind aber bereits zu Beginn des Schuljahres erschöpft.</p> <p>Susanne Rennstich, Silke Steger, Andrea Kilian, Regina Wielath, Irene Matt, Frank Kaiser, Susanne Kontusch, Maja Jönsson, Y. Kaminski, C. Petri, Irene Mathes-Bülow, Isabell Durst, Nina Meyer, Marianne Heinzmann, Mehmet Yavuz, Jeannette Sautter, Margarete Schlageter, Irmgard Vallon, B. Frimmer, A. Würth, M. Greskamp, S. Kolb, E. Rautenberg, L. Hoffmann, U. Meirose, F. Ludwig, K. Gruber, H. Kümmler, N. Thibeault, C. Wetzka, G. Henninger, H. Röhrig, L. Heinzmann, T. Pfaff, M. Kaiser, J. Löschmann, E. Herzen, K. Lippert, Chr. Bälz, I. Zimmermann, S. Brugger, Steinle, Hannah Schönleber, S. Mederus, B. Bürgy, C. Zügel, E. Suleder</p>
11	<p>Bessere Bedingungen für Fachlehrkräfte und Technische Lehrkräfte, sowie „Nichterfüller“.</p> <p>FL und TL sollen als Eingangsgehalt A10 erhalten und zwei Beförderungsmöglichkeiten nach A11 und A12.</p> <p>Begründung: Die Gruppe der FL und TL ist die einzige Lehrergruppe mit dem Eingangsamt A9, bzw. E9. FL und TL haben in ihrer Laufbahn Beförderungsmöglichkeiten. Die gesetzlich vorgeschriebene Wartezeit für die Beförderung nach A10/E10 und A11/E11 wird um ein Vielfaches überzogen. Der Fachlehrer wird in der Regel nach ca. 10 Jahren befördert. Das sind enorme Einkommenseinbußen, die das Land auf Kosten der FachlehrerInnen einspart.</p> <p>Andrea Sanwald, Ali Uzpak, Bianca Bender, Christoph Groß, Christiane Mühling, Sarah Häffner, Angela Ritschel, Jenni Wolf, Deborah Heimsch, Mareike Kreißig, Martha Boadi, Hans-Georg Henle, Ute Köhler, Cornelia Melber, Sybille Bräuning, Rosemarie Pade, Christina Göttler, Kai Schelle, Stefanie Menges, Birgit Kaiser, David Ritschel</p>
12	<p>Ein Weiterqualifizierungskonzept für „Nichterfüller“</p> <p>Ein Weiterqualifizierungskonzept für „Nichterfüller“</p> <p>Begründung: Viele Ein-Fach-LehrerInnen, die ihre Ausbildung an staatlich anerkannten Berufsfachschulen absolviert haben, besteht keine Chance im Schuldienst auf Dauer Fuß zu fassen. Sie leisten die gleiche qualifizierte Arbeit, wie FL und TL und stopfen die Lücken der</p>

fehlenden Lehrerstunden. Es besteht für sie keine Möglichkeit sich weiter zu qualifizieren. Sie werden am Ende des Schuljahres entlassen, oftmals ohne Wiedereinstellung.

Deborah Heimsch, Jenni Wolf, Angela Ritschel, Sarah Häffner, Christiane Mühling, Christoph Groß, Bianca Bender, Ali Uzpak, Andrea Sanwald, Martha Boadi, Hans-Georg Henle, Andreas Heitlinger, Ute Köhler, Cornelia Melber, Sybille Bräuning, Rosemarie Pade, Mareike Kreißig, Christina Göttler, Kai Schelle, Stefanie Menges, David Ritschel